

# STEUERBERATERKAMMER DÜSSELDORF

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## **Prüfungsordnung**

**für den Ausbildungsberuf**  
**„Steuerfachangestellter / Steuerfachangestellte“**  
**im Land Nordrhein-Westfalen**

### **INHALTSÜBERSICHT**

#### **I. ABSCHNITT: PRÜFUNGS-AUSSCHÜSSE**

- § 1 Errichtung
- § 2 Zusammensetzung
- § 3 Berufung
- § 4 Befangenheit
- § 5 Vorsitz, Beschlußfähigkeit, Abstimmung
- § 6 Verschwiegenheit
- § 7 Geschäftsführung

#### **II. ABSCHNITT: VORBEREITUNG DER ABSCHLUSSPRÜFUNG**

- § 8 Prüfungstermine
- § 9 Anmeldung und Zulassung
- § 10 Anmeldung und Zulassung in besonderen Fällen

#### **III. ABSCHNITT: DURCHFÜHRUNG DER ABSCHLUSSPRÜFUNG**

- § 11 Gegenstand und Gliederung der Prüfung
- § 12 Umfang und Gegenstand der schriftlichen Prüfungsfächer
- § 13 Prüfungsaufgaben
- § 14 Durchführung des schriftlichen Teils der Prüfung
- § 15 Umfang und Gegenstand des mündlichen Prüfungsfachs Mandantenorientierte Sachbearbeitung
- § 16 Durchführung des mündlichen Prüfungsfachs Mandantenorientierte Sachbearbeitung
- § 17 Nicht-Öffentlichkeit
- § 18 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße
- § 19 Rücktritt, Verhinderung

#### **IV. ABSCHNITT: BEWERTUNG, FESTSTELLUNG UND BEURKUNDUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES**

- § 20 Punkte- und Notenschema
- § 21 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 22 Feststellung des Prüfungsergebnisses
- § 23 Zeugnis
- § 24 Nicht bestandene Prüfung

#### **V. ABSCHNITT: WIEDERHOLUNGSPRÜFUNG**

- § 25 Wiederholungsprüfung

#### **VI. ABSCHNITT: ZWISCHENPRÜFUNG**

- § 26 Durchführung und Gegenstand

#### **VII. ABSCHNITT: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

- § 27 Rechtsbehelfe
- § 28 Prüfungsunterlagen
- § 29 Übergangsregelung
- § 30 Umschulungsverhältnisse
- § 31 Inkrafttreten, Genehmigung

Inkrafttreten: 01.08.1997  
Geändert mit Wirkung ab: 01.08.2002

Aufgrund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 8. Oktober 1996 erläßt die Steuerberaterkammer Düsseldorf als zuständige Stelle nach §§ 41 Satz 1, 58 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August 1969 (BGBl. I, 1112) in der jeweils geltenden Fassung und der Verordnung über die Berufsausbildung zum Steuerfachangestellten/zur Steuerfachangestellten in der Fassung vom 9. Mai 1996 (BGBl. I, 672) die folgende Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschluß- und Zwischenprüfungen in dem anerkannten Ausbildungsberuf STEUERFACHANGESTELLTER / STEUERFACHANGESTELLTE.

Aufgrund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 7. März 2002 wurden § 2 Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 2, § 21 Abs. 1 und § 28 geändert und mit Schreiben vom 14.5.2002 von der obersten Landesbehörde genehmigt.

## **I. ABSCHNITT: PRÜFUNGS AUSSCHÜSSE**

### **§ 1 Errichtung**

- (1) Die Kammer als zuständige Stelle errichtet für die Abnahme der Abschlußprüfung einen oder mehrere Prüfungsausschüsse.
- (2) Die Kammer kann mit anderen Kammern bei einer von ihnen gemeinsame Prüfungsausschüsse errichten.

### **§ 2 Zusammensetzung**

- (1) Der Prüfungsausschuß besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.
- (2) Dem Prüfungsausschuß müssen als Mitglieder Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens ein Lehrer einer Berufsbildenden Schule angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein. Die Mitglieder haben Stellvertreter.

### **§ 3 Berufung**

- (1) Die Mitglieder (ordentliche Mitglieder und stellvertretende Mitglieder) werden von der Kammer für fünf Jahre berufen. Die Arbeitnehmermitglieder werden auf Vorschlag der im Bezirk der Kammer bestehenden Gewerkschaften und selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung berufen. Lehrer an berufsbildenden Schulen werden im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle berufen. Werden Mitglieder nicht oder nicht in ausreichender Zahl innerhalb einer von der Kammer gesetzten angemessenen Frist vorgeschlagen, so beruft die Kammer insoweit nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse

können nach Anhören der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grund abberufen werden.

- (2) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuß ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Kammer mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird.
- (3) Von der Zusammensetzung des Prüfungsausschusses gemäß § 2 Abs. 2 darf nur abgewichen werden, wenn anderenfalls die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann.
- (4) Scheidet ein Mitglied des Prüfungsausschusses während der Amtszeit aus, so ist ein neues Mitglied dieser Gruppe für die verbleibende Amtszeit zu berufen.

### **§ 4 Befangenheit**

- (1) Ist oder war ein Mitglied des Prüfungsausschusses mit einem Prüfungsbewerber verwandt, verschwägert, sein Betreuer, sein Ausbildender oder Ausbilder oder liegen andere Bindungen vor, welche die Besorgnis der Befangenheit begründen könnten, so darf es weder bei der Zulassung noch bei der Prüfung dieses Prüfungsbewerbers mitwirken oder anwesend sein.
- (2) Prüfungsausschußmitglieder, die sich befangen fühlen, oder Prüfungsteilnehmer, die die Besorgnis der Befangenheit geltend machen wollen, haben dies unverzüglich der Kammer mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuß.
- (3) Im Zweifelsfalle entscheidet die Kammer, während der Prüfung der Prüfungsausschuß ohne Mitwirkung des betroffenen Mitgliedes nach dessen Anhörung. Wird der Prüfungsausschuß aus den in Abs. 1 genannten Gründen beschlußunfähig (§ 5 Abs. 2), so entscheidet die Kammer über die weitere Durchführung der Prüfung. Das gleiche gilt, wenn eine objektive Durchführung der Prüfung aus anderen Gründen nicht gewährleistet erscheint.

### **§ 5 Vorsitz, Beschlußfähigkeit, Abstimmung**

- (1) Der Prüfungsausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören.
- (2) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Kein Mitglied des Prüfungsausschusses darf sich der Stimme enthalten.

### **§ 6 Verschwiegenheit**

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Vertreter der Kammer und die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses haben über alle Prüfungsvorgänge gegen-

über Dritten Verschwiegenheit zu bewahren. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung der Kammer.

### **§ 7 Geschäftsführung**

- (1) Die Kammer regelt im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses dessen Geschäftsführung, insbesondere Einladungen, Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse.
- (2) Die Sitzungsprotokolle sind vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. § 22 Abs. 4 bleibt unberührt.

## **II. ABSCHNITT: VORBEREITUNG DER ABSCHLUSSPRÜFUNG**

### **§ 8 Prüfungstermine**

- (1) Prüfungstermine im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 BBiG sind der 31. Dezember und der 30. Juni eines jeden Jahres.
- (2) Die jeweiligen Prüfungstage und Prüfungsorte werden von der Kammer festgesetzt. Die Prüfungstage der schriftlichen Prüfung sowie die Anmeldefristen werden rechtzeitig in den Kammermitteilungen bekanntgegeben.
- (3) Wird die Abschlußprüfung mit einheitlichen überregionalen Prüfungsaufgaben durchgeführt, sind einheitliche Prüfungstage von den beteiligten Kammern anzusetzen.

### **§ 9 Anmeldung und Zulassung**

- (1) Die Anmeldung zur Prüfung hat schriftlich nach den von der Kammer bestimmten Anmeldefristen und -formularen durch den Auszubildenden mit Zustimmung des Auszubildenden zu erfolgen. Auch der Prüfungsbewerber kann sich zur Prüfung anmelden.
- (2) Örtlich zuständig für die Anmeldung ist die Kammer, in deren Bezirk
  - in den Fällen des Abs. 4 und § 10 Abs. 1 die Ausbildungsstätte liegt,
  - in den Fällen des § 10 Abs. 2 und 3 die Arbeitsstätte oder, soweit kein Arbeitsverhältnis besteht, der Wohnsitz des Prüfungsbewerbers liegt.
- (3) Der Anmeldung sind beizufügen:
  - a) tabellarischer Lebenslauf,
  - b) gegebenenfalls Bescheinigungen über die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte,
  - c) Nachweis über die Teilnahme an der Zwischenprüfung,
  - d) Ausbildungsnachweis,
  - e) gegebenenfalls eine Erklärung über Ort und Zeitpunkt vorausgegangener Abschlußprüfungen.

(4) Zur Abschlußprüfung ist zuzulassen:

1. a) wer die Ausbildungszeit zurückgelegt hat oder dessen Ausbildungszeit nicht später als zwei Monate nach dem Prüfungstermin endet und
  - b) wer an der Zwischenprüfung teilgenommen sowie den Ausbildungsnachweis geführt hat und
  - c) dessen Berufsausbildungsverhältnis in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen oder aus einem Grunde nicht eingetragen ist, den weder der Auszubildende noch dessen gesetzlicher Vertreter zu vertreten hat, oder
2. auf wen die Vorschrift des § 48 Abs. 3 Nr. 2 BBiG zutrifft.

- (5) Zur Abschlußprüfung ist nicht zuzulassen, wer die Abschlußprüfung im Ausbildungsberuf „Steuerfachangestellter/Steuerfachangestellte“ bereits mit Erfolg abgelegt hat.
- (6) Über die Zulassung zur Abschlußprüfung entscheidet die Kammer. Hält sie die Zulassungsvoraussetzungen nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuß. Die Entscheidung des Prüfungsausschusses ist in einem Protokoll unter Angabe der Gründe festzuhalten. Ein ablehnender Bescheid ist zu begründen.
- (7) Die Zulassung zur Abschlußprüfung ist dem Prüfungsbewerber rechtzeitig, spätestens mit der Ladung, unter Angabe des Prüfungstages und Prüfungsortes einschließlich erlaubter Arbeits- und Hilfsmittel mitzuteilen.
- (8) Die Zulassung kann vom Prüfungsausschuß widerrufen werden, wenn sie auf Grund von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen worden ist.

### **§ 10 Anmeldung und Zulassung in besonderen Fällen**

- (1) Der Auszubildende kann nach Anhören des Auszubildenden und der Berufsschule vor Ablauf seiner Ausbildungszeit zur Abschlußprüfung zugelassen werden, wenn seine Leistungen dies rechtfertigen. Die Ausbildungsdauer soll dabei zwei Jahre nicht unterschreiten. Die Zulassung ist gerechtfertigt, wenn
  - a) der Auszubildende bestätigt, daß vom Auszubildenden überdurchschnittliche Leistungen in der Praxis erbracht werden und daß ihm bis zur Prüfung die noch erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden und
  - b) die Berufsschule bescheinigt, daß die Leistungen der/des Auszubildenden in den Prüfungsfächern im Notendurchschnitt 2,0 erreichen. Dabei darf keines dieser Fächer schlechter als ausreichend bewertet worden sein. Das letzte Berufsschulzeugnis ist vorzulegen.

- (2) Zur Abschlußprüfung ist auch zuzulassen, wer nachweist, daß er mindestens das Zweifache der Zeit, die als Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, auf dem Gebiet des Steuerwesens bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist. Hiervon kann abgesehen werden, wenn durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft dargetan wird, daß der Bewerber Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hat, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen.
- (3) Zur Abschlußprüfung ist ferner zuzulassen, wer in einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen Einrichtung ausgebildet worden ist, wenn diese Ausbildung der Berufsausbildung in dem anerkannten Ausbildungsberuf „Steuerfachangestellter/Steuerfachangestellte“ entspricht.
- (4) In den Fällen der Abs. 2 und 3 haben sich die Prüfungsbewerber bei der Kammer innerhalb der von ihr festgesetzten Frist anzumelden. Der Anmeldung zur Prüfung sind beizufügen:
- Nachweise, daß die besonderen Voraussetzungen erfüllt sind,
  - tabellarischer Lebenslauf,
  - die letzten Zeugnisse der besuchten Schulen in bestätigter Ablichtung,
  - gegebenenfalls Nachweise über die Teilnahme an fachbezogenen Ausbildungsmaßnahmen.

### III. ABSCHNITT: DURCHFÜHRUNG DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

#### § 11 Gegenstand und Gliederung der Prüfung

- Die Abschlußprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage I zu § 4 der Verordnung über die Berufsausbildung zum/zur Steuerfachangestellten aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht vermittelten Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.
- Zum Nachweis der Fertigkeiten und Kenntnisse ist die Prüfung schriftlich in den Prüfungsfächern Steuerwesen, Rechnungswesen sowie Wirtschafts- und Sozialkunde und mündlich im Prüfungsfach Mandantenorientierte Sachbearbeitung durchzuführen.

#### § 12 Umfang und Gegenstand der schriftlichen Prüfungsfächer

- Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf je eine Arbeit in den nachgenannten Prüfungsfächern:

#### Prüfungsfach Steuerwesen

In einhundertfünfzig Minuten soll der Prüfling praxisbezogene Fälle oder Aufgaben bearbeiten und dabei zeigen, daß er Fertigkeiten und Kenntnisse steuerlicher Facharbeit erworben hat und wirtschafts- und steuerrechtliche Zusammenhänge versteht. Hierfür kommen insbesondere folgende Gebiete in Betracht:

- Steuern vom Einkommen und Ertrag,
- Steuern vom Vermögen,
- Steuern vom Umsatz,
- Abgabenordnung.

#### Prüfungsfach Rechnungswesen

In einhundertzwanzig Minuten soll der Prüfling praxisbezogene Aufgaben oder Fälle insbesondere aus den folgenden Gebieten bearbeiten und dabei zeigen, daß er Fertigkeiten und Kenntnisse dieser Gebiete erworben hat und Zusammenhänge versteht:

- Buchführung,
- Jahresabschluß.

#### Prüfungsfach Wirtschafts- und Sozialkunde

In neunzig Minuten soll der Prüfling praxisbezogene Aufgaben oder Fälle bearbeiten und dabei zeigen, daß er wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge der Berufs- und Arbeitswelt darstellen und beurteilen kann. Hierfür kommen insbesondere folgende Gebiete in Betracht:

- Arbeitsrecht und soziale Sicherung,
- Schuld- und Sachenrecht,
- Handels- und Gesellschaftsrecht,
- Finanzierung.

- Soweit die schriftliche Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird, kann die vorgesehene Prüfungsdauer unterschritten werden. Diese wird von der Kammer festgelegt.

#### § 13 Prüfungsaufgaben

- Die Erstellung der Prüfungsaufgaben obliegt der Kammer.
- Mehrere Kammern können die Prüfungsaufgaben überregional erstellen.

#### § 14 Durchführung des schriftlichen Teils der Prüfung

- Die Prüfung ist unter Aufsicht abzulegen. Die Aufsicht im schriftlichen Teil der Prüfung kann Personen übertragen werden, die dem Prüfungsausschuß nicht angehören. Diese Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

- (2) Die Prüfungsaufgaben werden der aufsichtführenden Person in verschlossenem Umschlag zugeleitet, der erst bei Prüfungsbeginn in Anwesenheit der Prüfungsteilnehmer zu öffnen ist. Der Aufsichtführende stellt die Personalien der Prüfungsteilnehmer fest, verteilt die Aufgaben, gibt Beginn und Ende der Bearbeitungszeit sowie die zulässigen Hilfsmittel bekannt. Auf die Folgen von Täuschungsversuchen jeder Art ist vor Beginn der Prüfung hinzuweisen.
- (3) Die Prüfungsteilnehmer haben die schriftlichen Arbeiten selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln zu fertigen. Die besonderen Verhältnisse Behinderter sind zu berücksichtigen; die erforderlichen Regelungen trifft die Kammer. Mit den Lösungen sind die Prüfungsaufgaben und praktische Lösungsentwürfe abzugeben.
- (4) Der Aufsichtführende hat ein Protokoll zu fertigen, in dem besonders zu vermerken sind:
  - a) Beginn und Ende der vorgeschriebenen Bearbeitungszeit,
  - b) Unregelmäßigkeiten und besondere Vorkommnisse,
  - c) Namen der Prüfungsteilnehmer, die nicht erschienen sind oder Arbeiten nicht abgegeben haben,
  - d) Rücktritt eines Prüfungsteilnehmers von der Prüfung.
- (5) Nach Abschluß der Prüfung hat der Aufsichtführende den verschlossenen Umschlag mit den schriftlichen Arbeiten sowie das Protokoll unverzüglich der Kammer zu übermitteln.

### **§ 15 Umfang und Gegenstand des mündlichen Prüfungsfachs Mandantenorientierte Sachbearbeitung**

Das Prüfungsfach Mandantenorientierte Sachbearbeitung besteht aus einem Prüfungsgespräch. Der Prüfling soll ausgehend von einer von zwei ihm mit einer Vorbereitungszeit von höchstens zehn Minuten zur Wahl gestellten Aufgaben zeigen, daß er berufspraktische Vorgänge und Problemstellungen bearbeiten und Lösungen darstellen kann. Für die zur Wahl gestellten Aufgaben sowie das weitere Prüfungsgespräch kommen insbesondere folgende Gebiete in Betracht:

- a) allgemeines Steuer- und Wirtschaftsrecht,
- b) Einzelsteuerrecht,
- c) Buchführungs- und Bilanzierungsgrundsätze
- d) Rechnungslegung.

Das Prüfungsgespräch soll für den einzelnen Prüfling nicht länger als 30 Minuten dauern.

### **§ 16 Durchführung des mündlichen Prüfungsfachs Mandantenorientierte Sachbearbeitung**

- (1) Die Prüfungsteilnehmer können einzeln oder in Gruppen von höchstens fünf Kandidaten geprüft werden. Die besonderen Verhältnisse Behinderter sind zu berücksichtigen; die erforderlichen Regelungen trifft die Kammer.
- (2) Der Prüfungsausschuß hat darauf zu achten, daß die dem Prüfungsteilnehmer obliegende Verschwiegenheitspflicht gem. § 62 StBerG nicht verletzt wird.

### **§ 17 Nicht-Öffentlichkeit**

- (1) Die Prüfung ist nicht öffentlich. Vertreter der Kammer und Mitglieder des Berufsbildungsausschusses können bei der Prüfung anwesend sein. Sie haben sich jeder Einwirkung auf die Prüfung zu enthalten.
- (2) Die Kammer kann beim mündlichen Teil der Prüfung die Anwesenheit von anderen Personen gestatten. Sie haben sich jeder Einwirkung auf die Prüfung zu enthalten. Ihre Wahrnehmungen unterliegen der Verschwiegenheitspflicht. Aufzeichnungen über Prüfungsunterlagen und Prüfungsablauf sind ihnen nicht gestattet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat auf diese Bestimmungen hinzuweisen.
- (3) Auszubildende und/oder Ausbilder, deren Auszubildende geprüft werden, dürfen bei der Prüfung nicht anwesend sein.
- (4) Über das Prüfungsergebnis hat der Prüfungsausschuß in Abwesenheit der in Abs. 1 und 2 genannten Personen zu beraten und zu beschließen.

### **§ 18 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße**

- (1) Prüfungsteilnehmern, die eine Täuschungshandlung begehen, ist vom Aufsichtführenden die weitere Teilnahme nur unter Vorbehalt zu gestatten. Bei einer erheblichen Störung des Prüfungsablaufes kann der Aufsichtführende den Prüfungsteilnehmer von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen.
- (2) Über den endgültigen Ausschluß und die Folgen entscheidet der Prüfungsausschuß nach Anhören des Prüfungsteilnehmers. In schwerwiegenden Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann die Prüfung für nicht bestanden erklärt werden. Das gleiche gilt bei innerhalb eines Jahres nachträglich festgestellten Täuschungen.

### **§ 19 Rücktritt, Verhinderung**

- (1) Der Rücktritt ist nur bis zum Ablauf des schriftlichen Teils der Prüfung möglich. Er ist ausdrücklich gegenüber dem Aufsichtführenden oder der Kammer zu erklären. Die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht abgelegt.

- (2) Ist der Prüfungsbewerber aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund verhindert, an der Prüfung teilzunehmen, so gilt die Prüfung ebenfalls als nicht abgelegt. Tritt die Verhinderung nach Beginn der Prüfung ein, so können auf Antrag bereits erbrachte, in sich abgeschlossene Prüfungsleistungen anerkannt werden.
- (3) Sind die Voraussetzungen nach Abs. 2 Satz 2 gegeben, so kann die Prüfung beim nächstmöglichen Prüfungstermin fortgesetzt werden.

**IV. ABSCHNITT: BEWERTUNG, FESTSTELLUNG UND BEURKUNDUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES**

**§ 20 Punkte- und Notenschema**

- (1) Für die Prüfungsfächer und das Gesamtergebnis gelten folgende Punkte und Noten:

<b>Punkte</b>	<b>Noten</b>	
100-92	sehr gut	(1) eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung
91-81	gut	(2) eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung
80-67	befriedigend	(3) eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung
66-50	ausreichend	(4) eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen entspricht
49-30	mangelhaft	(5) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind
29-0	ungenügend	(6) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse lückenhaft sind

- (2) Die Prüfungsleistungen sind mit ganzen Punkten zu bewerten. Dezimalstellen sind ab 0,5 aufzurunden.
- (3) Den Noten entsprechen folgende Prädikate:

<b>Noten</b>	<b>Prädikate</b>
sehr gut	„sehr gut bestanden“
gut	„gut bestanden“
befriedigend	„befriedigend bestanden“
ausreichend	„bestanden“

**§ 21 Bewertung der Prüfungsleistungen**

- (1) Die Prüfungsleistungen bewertet der Ausschuß. Jede schriftliche Arbeit ist von zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu begutachten. Diese schlagen eine Punktzahl gem. § 20 Abs. 1 für jede Arbeit vor, auf die sich der Prüfungsausschuß einigt.
- (2) Eine vom Prüfungsteilnehmer nicht abgegebene Arbeit ist mit der Note „ungenügend“ zu bewerten.
- (3) Sind in der schriftlichen Prüfung die Prüfungsleistungen in bis zu zwei Prüfungsfächern mit „mangelhaft“ und in dem weiteren Prüfungsfach mit mindestens „ausreichend“ bewertet worden, so ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in einem der mit „mangelhaft“ bewerteten Prüfungsfächer die schriftliche Prüfung durch eine mündliche Prüfung von etwa 15 Minuten zu ergänzen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung den Ausschlag geben kann. Das Prüfungsfach ist vom Prüfling zu bestimmen. Bei der Ermittlung des Ergebnisses für dieses Prüfungsfach sind die Ergebnisse der schriftlichen Arbeit und der mündlichen Ergänzungsprüfung im Verhältnis zwei zu eins zu gewichten.
- (4) Das Ergebnis des schriftlichen Teils der Prüfung wird dem Prüfungsteilnehmer mit der Einladung zum mündlichen Teil der Prüfung mitgeteilt.
- (5) Das Ergebnis des mündlichen Prüfungsfachs Mandantenorientierte Sachbearbeitung ist vom Prüfungsausschuß mit einer Punktzahl gemäß § 20 zu bewerten.

**§ 22 Feststellung des Prüfungsergebnisses**

- (1) Der Prüfungsausschuß stellt auf der Grundlage der Einzelergebnisse das Gesamtergebnis der Prüfung fest. Bei der Ermittlung des Gesamtergebnisses haben die Prüfungsfächer das gleiche Gewicht.
- (2) Zum Bestehen der Abschlußprüfung müssen im Gesamtergebnis, im Prüfungsfach Steuerwesen und in mindestens zwei weiteren der vier Prüfungsfächer mindestens ausreichende Leistungen erbracht werden. Werden die Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach mit „ungenügend“ bewertet, ist die Prüfung nicht bestanden.
- (3) Zur Ermittlung des Gesamtergebnisses ist die Summe der Ergebnisse der vier Prüfungsfächer nach Punkten gemäß § 20 Abs. 1 durch vier zu teilen und hieraus die Endnote zu bestimmen.
- (4) Über den Verlauf der Prüfung einschließlich der Festlegung der Prüfungsergebnisse ist ein Protokoll zu fertigen. Es ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (5) Der Prüfungsausschuß hat dem Prüfungsteilnehmer am letzten Prüfungstag mitzuteilen, ob er die Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ hat. Hierüber ist dem Prüfungsteilnehmer unverzüglich eine

vom Vorsitzenden zu unterzeichnende Bescheinigung auszuhändigen. Dabei ist als Termin des Bestehens bzw. Nichtbestehens der Tag der letzten Prüfungsleistung einzusetzen.

### **§ 23 Zeugnis**

Nach bestandener Prüfung erhält der Prüfungsteilnehmer ein von der Kammer ausgefertigtes Zeugnis gemäß § 34 BBiG.

### **§ 24 Nicht bestandene Prüfung**

- (1) Bei nicht bestandener Prüfung erhalten der Prüfungsteilnehmer und sein gesetzlicher Vertreter sowie der Auszubildende von der Kammer einen schriftlichen Bescheid (§ 27). Darin sind die Prüfungsergebnisse anzugeben.
- (2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gemäß § 25 ist hinzuweisen.

## **V. ABSCHNITT: WIEDERHOLUNGSPRÜFUNG**

### **§ 25 Wiederholungsprüfung**

- (1) Eine nicht bestandene Abschlußprüfung kann zweimal wiederholt werden.
- (2) Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungstermin wiederholt werden.
- (3) Die Vorschriften über die Anmeldung und Zulassung gelten sinngemäß. Bei der Anmeldung sind außerdem Ort und Datum der vorausgegangenen Prüfung anzugeben.

## **VI. ABSCHNITT: ZWISCHENPRÜFUNG**

### **§ 26 Durchführung und Gegenstand**

- (1) Zur Ermittlung des Ausbildungsstandes ist eine Zwischenprüfung durchzuführen. Sie soll vor dem Ende des zweiten Ausbildungsjahres stattfinden.
- (2) Die Zwischenprüfung erstreckt sich auf die in den Anlagen I und II zu § 4 der Verordnung über die Berufsausbildung zum Steuerfachangestellten/zur Steuerfachangestellten für das erste Ausbildungsjahr und die für das zweite Ausbildungsjahr unter laufender Nummer 4.2 Buchstabe d und Nummer 4.3 aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht entsprechend dem Rahmenlehrplan zu vermittelnden Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

- (3) Die Zwischenprüfung ist schriftlich anhand praxisbezogener Fälle oder Aufgaben in insgesamt höchstens 180 Minuten in folgenden Prüfungsfächern durchzuführen:
  1. Steuerwesen,
  2. Rechnungswesen,
  3. Wirtschafts- und Sozialkunde.
- (4) Die in Absatz 3 genannte Prüfungsdauer kann insbesondere unterschritten werden, soweit die Prüfung in programmierter Form durchgeführt wird.
- (5) Die Regelungen zur Abschlußprüfung gelten sinngemäß auch für die Zwischenprüfung.

## **VII. ABSCHNITT: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

### **§ 27 Rechtsbehelfe**

Maßnahmen und Entscheidungen des Prüfungsausschusses sowie der Kammer sind dem Prüfungsbewerber bzw. -teilnehmer schriftlich bekanntzugeben. Sie sind mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

### **§ 28 Prüfungsunterlagen**

Auf Antrag ist dem Prüfungsteilnehmer nach Abschluß der Prüfung Einsicht in seine Prüfungsarbeiten zu gewähren. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sowie die Protokolle gem. § 14 Abs. 4 sind zwei Jahre, die Protokolle gemäß § 22 Abs. 4 zehn Jahre aufzubewahren.

### **§ 29 Übergangsregelung**

Auf Berufsausbildungsverhältnisse, die vor dem 1. August 1996 begonnen haben, sind die bisherigen Vorschriften weiter anzuwenden, es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren die Anwendung der Verordnung vom 9. Mai 1996.

### **§ 30 Umschulungsverhältnisse**

Die Vorschriften dieser Prüfungsordnung finden auf Umschulungsverhältnisse gemäß § 47 BBiG sinngemäß Anwendung.

### **§ 31 Inkrafttreten, Genehmigung**

Diese Prüfungsordnung tritt nach ihrer Verkündung im Mitteilungsblatt der Kammer am 1. August 1997 in Kraft. Die Prüfungsordnung wurde am 18. April 1997 gemäß § 41 Satz 4 BBiG von der obersten Landesbehörde genehmigt.